



Foto: Philipp Wohlfel

Sozial, ökologisch, weltoffen, partizipativ und solidarisch soll die Politik im Rathaus Treptow sein.

Treptow-Köpenick: sozial, ökologisch, weltoffen, partizipativ und solidarisch

Kooperationsvereinbarung Rot-Rot-Grün für die Bezirksverordnetenversammlung

Die Bürgerinnen und Bürger von Treptow-Köpenick haben am 26. September 2021 entschieden, wer die politische Verantwortung in Treptow-Köpenick tragen soll. Diesem Willen und Auftrag kommen wir nach und verstehen unsere Zusammenarbeit als einen Aufbruch für den Bezirk. Gemeinsam werden wir uns für ein soziales, ökologisches, weltoffenes, partizipatives und solidarisches Treptow-Köpenick einsetzen. Wir wollen respektvoll, gleichberechtigt und konstruktiv mitein-

ander arbeiten und laden alle demokratischen Parteien, Vereine, Verbände und Initiativen ein, den Bezirk mit uns gemeinsam zu gestalten. Auf der Grundlage unserer Vereinbarung schlagen wir der BVV Oliver Igel als Bezirksbürgermeister, Carolin Weingart als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Dr. Claudia Leistner sowie Alexander Freier-Winterwerb als Bezirksratsmitglieder vor. Die Vorstände der Parteien haben der Vereinbarung bereits zugestimmt. Nachdem auch Partei-

tage bzw. Mitgliederversammlungen der Parteien das Papier bestätigt haben, soll die Vereinbarung am Dienstagabend unterzeichnet werden.

**Ellen Haußdörfer und
Christopher Jäschke**

Kreisvorsitzende SPD

Christian Kerntopf

Bezirksvorsitzender DIE LINKE

Karolina Ziehm

für den Vorstand von

Bündnis 90/Die Grünen

Aus der Kooperationsvereinbarung:
Wir stellen uns entschieden gegen Diskriminierung, Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Feindlichkeit gegenüber queeren Menschen. Mit uns bleibt Treptow-Köpenick offen, tolerant und vielfältig. Die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bürger:innen wollen wir fördern. Wir werden daher bestehende Strukturen verstetigen und neue schaffen, damit Anwohner:innen ihren Kiez und junge Menschen ihre Freiräume mitgestalten können. Die Barrierefreiheit des sozialen und räumlichen Lebensumfelds ist unser Ziel. Treptow-Köpenick bietet eine hohe Lebensqualität. Die vielen Grünflächen, Gewässer, Wälder, Parks sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete haben dabei einen ganz wesentlichen Anteil. Um diese zu erhalten, werden der Klima- und Umweltschutz sowie die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Leitfaden des Verwaltungshandelns sein. Unser Ziel ist, dass Treptow-Köpenick möglichst schnell klimaneutral wird entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens.

Wir wollen die unterschiedlichen Ortsteile in ihrem Charakter erhalten und fördern, bezahlbaren Wohnraum schaffen und die soziale, kulturelle, verkehrliche und grüne Infrastruktur den notwendigen Veränderungen im Bezirk anpassen. Auch als Bildungs- und Wirtschaftsstandort wollen wir unseren Bezirk weiterentwickeln.

Mit dieser Vereinbarung legen wir unsere gemeinsamen politischen Ziele für die nächsten fünf Jahre vor und halten die Verfahrensgrundsätze unserer Kooperation fest.

Die gesamte Kooperationsvereinbarung finden Sie unter <https://gleft.de/4sg>

Gysi meint...

Vernunft statt Abschreckung

Die Lage zwischen Russland und der NATO spitzt sich weiter zu. Die NATO hat eine weitere Verschärfung der aggressiven Abschreckungsstrategie unter verstärktem Einschluss von Atomwaffen gegen Russland beschlossen. Wohin soll dieser Weg führen? Soll die Ukraine tatsächlich Mitglied der NATO werden? Will die NATO Russland einkreisen, soll die weitere Zuspitzung irgendwann in einem schrecklichen Krieg enden?

Die Dialogbereitschaft, die 1990 zwischen Russland und der NATO entstand, scheint aufgebraucht. Dass die nur noch geschäftsführend amtierende Verteidigungsministerin ernsthaft einer atomaren Abschreckung gegen Russland das Wort redet – woran Deutschland durch seine nukleare Teilhabe in der NATO direkt beteiligt wäre – ist nicht nur ein schlimmer Akt von Geschichtsvergessenheit, sondern auch eine direkte Bedrohung der Sicherheit

unseres Landes. Denn ein atomarer Konflikt zwischen der Nato und Russland würde auch auf deutschem Boden ausgetragen werden. Gerade weil die Weltprobleme nicht in Konfrontation, sondern nur gemeinsam gelöst werden können, wird es höchste Zeit, zu Vernunft statt Abschreckung, zu Abrüstung statt Aufrüstung zurückzukehren. Dafür muss wieder ein Grundvertrauen hergestellt und eine Zusammenarbeit organisiert werden. Die zuspitzende Strategie der NATO muss so schnell wie möglich überwunden werden. Nur dann wird es auch

Schritte Russlands zum Abbau der Spannungen geben. Wir müssen zurückkehren zur Politik von Willy Brandt: Wandel durch Annäherung. Humanistische Gesten, demokratische Momente und anderes können wir in Russland nur dann erreichen, wenn eine solche Politik betrieben wird. Ansonsten verschärft sich die Situation, igelt sich Russland mehr ein, spitzt sich alles auch innerhalb Russlands und nach außen zu. Statt Sanktionen und Konfrontation muss wieder Vernunft vorherrschen.





Jetzt laufen die Koalitionsverhandlungen für einen Neustart der Rot-Grün-Roten Koalition. Inzwischen haben auch in den Facharbeitsgruppen die Verhandlungen begonnen. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte haben wir dabei auf dem außerordentlichen Landesparteitag beschlossen.

Eine gute Grundlage

Sondierungen für R2G im Abgeordnetenhaus

X DIE LINKE. Berlin tritt in Koalitionsverhandlungen mit der SPD Berlin und Bündnis 90/Die Grünen Berlin ein. Die vom Landesvorstand eingesetzte Verhandlungsdelegation berichtet den Delegierten und Mitgliedern regelmäßig über den Fortgang der Gespräche.

Die ausführlichen Sondierungsgespräche mit den bisherigen Koalitionspartnern haben einen ausreichend breiten Fundus an Gemeinsamkeiten für ein fünfjähriges Regierungsprogramm ergeben. Es soll dabei jedem Koalitionspartner möglich sein, das eigene Profil zu schärfen und mit den Partnern auf Augenhöhe zu agieren.

Eine mögliche neue Koalition muss die Gesamtstadt im Blick haben. Sie muss dafür Sorge tragen, dass sie sich nicht aus der Krise spart, sondern sich finanzielle Handlungsfähigkeit und damit politische Gestaltungsfähigkeit über die gesamte Wahlperiode sichert. Die Koalition muss die Verbindung von sozialem Zusammenhalt, einem Zu Hause für alle, funktionierender Verwaltung, kultureller Vielfalt und klimagerechtem Umbau organisieren.

Unsere Landesvorsitzende Katina Schubert sagte dazu: „Es geht darum, wie Berlin in den nächsten fünf Jahren regiert wird. Da stehen wir ganz klar für eine progressive Politik, dafür, dass das Votum der Bürgerinnen und Bürger beim Volksentscheid ernst genommen wird, wir stehen für eine soziale Mieten- und Neubaupolitik. Wir wollen möglichst viel von unserem Programm umsetzen in politische Praxis und würden das gerne in der Konstellation Rot-Grün-Rot tun. Wenn sich dafür eine belastbare Basis

ausdiskutieren lässt, ist das gut. Ansonsten werden wir eine gute Oppositionsarbeit machen.“

Folgende Vorhaben sind für uns dabei von besonderer Bedeutung:

- Der konkrete Arbeitsauftrag für die Expert:innenkommission, die den Weg zur Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ beschreiben soll. Dazu gehört nicht nur die rechtliche Absicherung des Gesetzesvorhabens, sondern auch Schritte der praktischen Überführung und Bewirtschaftung vergesellschafteter Wohnungen. Unsere Anforderung ist, dass am Ende Eckpunkte für ein Vergesellschaftungsgesetz vorliegen, aus denen dann ein solches erarbeitet wird.
- Die Fortsetzung der Investitionsoffensive in die öffentliche Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, den Schulbau, die Verkehrswende, die Klimaneutralität und die sozio-kulturelle Infrastruktur.
- Wir brauchen sozial und klimaverträglichen Neubau bezahlbaren Wohnraums und wollen alle landespolitischen Spielräume zur Stabilisierung und Senkung der weiter steigenden Mieten im Wohn- und Gewerbebereich nutzen. Da von der designierten neuen Bundesregierung dabei keine Unterstützung zu erwarten ist, brauchen wir weitere Maßnahmen, um das zu erreichen. Dazu gehören weiterer Ankauf von Wohnungsbeständen durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die weitere Deckelung der Mieten der LWU, der Ankauf weiterer Grundstücke für den Bau von bezahlbarem Wohnraum und die Bereitstellung von Gewerberaum und Gewerbeansiedlungen. Neubauvor-

haben sollen wo nötig und sinnvoll mit der Bereitstellung von soziokultureller Infrastruktur und von (Klein-)gewerbe verbunden werden.

- Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 auf Grundlage des Masterplans Wohnungslosigkeit. Dazu gehört die finanzielle Absicherung der in den vergangenen fünf Jahren aufgestellten Modellprojekte und eine gesamtstädtische Steuerung der Wohnungslosenhilfe.
- Gute Arbeit ist ein Leitmotiv. Deshalb wollen wir die Wirtschaftsförderung an gute Arbeit und Klimaverträglichkeit binden, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu einem Instrument der sozialen Transformationsbegleitung ausbauen und eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen, die das möchten.
- Eine Verwaltungsreform, die zügig sinnlose Doppelstrukturen abschafft, eine besser funktionierende Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürgers schafft und eine höhere Resilienz für Krisensituationen wie die Corona-Pandemie schafft. Dazu gehört die Digitalisierung von Verwaltung und der Kommunikation zwischen Bürger:innen und Staat.
- Die Neustart-Initiative im Kulturbereich und ein Bekenntnis zur Stärkung des Kulturangebots für alle in der Gesamtstadt und zu Mindeststandards, Diversitätsentwicklung, Digitalisierung und der Sicherung von Arbeitsräumen.
- Die Absicherung der Investitionskosten der landeseigenen Krankenhäuser, um Lohndumping und Outsourcing endgültig ein Ende zu bereiten und gute Arbeit für alle Beschäftigten und eine gute Versorgung aller Patient:innen zu garantieren.
- Eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und weiteres sozialpädagogisches und sozialarbeiterisches Personal und den Ausbau der Wissenschaftsstadt Berlin so-

wie die Sicherstellung von guter Arbeit und auskömmlicher Finanzierung auch im Hochschulbereich. Dafür müssen konkrete Ausbildungszahlen für die einzelnen Berufsgruppen festgelegt werden. Die Zielzahl bei der Ausbildung von Lehrkräften beträgt, wie im Wahlprogramm der LINKEN vorgesehen, 3.000 Lehramtsabsolvierende jährlich.

- Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der Stadtteile außerhalb des S-Bahn-Rings und der Weiterbau von Radwegen und sicheren Fußverkehrswegen. Wir brauchen schnell konkrete Verhandlungen mit dem Bund zur Kommunalisierung der S-Bahn. Eine Zerschlagung und Teilprivatisierung der S-Bahn lehnen wir weiterhin entschieden ab.

• Kein Weiterbau und keine Planung der A100 über den 16. Bauabschnitt hinaus in der neuen Legislatur.

- Verankerung eines 1,5-Grad kompatiblen Treibhausgasrestbudgets und konkreter, wirksamer und überprüfbarer sowie sozialverträglicher Maßnahmen und Pfade für die Klimaneutralität Berlins spätestens 2040.

• Die Sicherung der Kleingärten, Grünflächen, Freiluftschneisen und insbesondere ausreichender Freiräume in den Kiezen sowie des Tempelhofer Feldes.

- Die Fortentwicklung einer bürgerrechtsfördernden Innenpolitik, die nicht nur auf Repression, sondern auf aufgeklärte Polizeiarbeit setzt, die Sicherheit vor Kriminalität, Ausbeutung, Wohnungsverlust und Sozialabstieg als gesellschaftlichen Auftrag begreift sowie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Rechten Terror in Neukölln.

• Der Ausbau der Willkommenskultur der Stadt: Berlin soll als Solidarity City weiter profiliert werden und Diskriminierungsstrukturen gegenüber BPOC, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen, Rom:nija und Sint:izza, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ, AITen und Frauen weiter abgebaut werden. Dazu gehört auch die Umsetzung des neuen Partizipations- und Migrationsgesetzes in tägliches Verwaltungs- und politisches Handeln sowie einem Paradigmenwechsel im Umgang mit Abschiebungen und Ausweisungen.

Der vollständige Schutz des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas während der Umsetzung des Bauvorhabens zur neuen City-S-Bahn S21 einschließlich des vollständigen Schutzes des umliegenden Baum- und Gebüschbestands. Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen wird ein Mitgliederentscheid per Urabstimmung auf Grundlage des Koalitionsvertrags entscheiden, ob wir einen Neustart der Rot-Grün-Roten Koalition eingehen. Im Falle der Zustimmung wird dann noch dieses Jahr ein neuer Senat im Abgeordnetenhaus gewählt.



Carolin Weingart

Stadträtin und stellvertretende Bürgermeisterin

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick schlägt der Bezirksverordnetenversammlung Carolin Weingart zur Wahl zur stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin und zur Bezirksstadträtin vor. Carolin Weingart wurde 1985 in Berlin geboren und ist in Belgrad, Berlin-Friedrichshagen und Rahnsdorf aufgewachsen. Sie hat ihr Abitur am Gerhart-Hauptmann Gymnasium abgelegt und ab 2005 in Thüringen studiert. Bereits in Jena hat sie sich kommunalpolitisch engagiert und war dort Spitzenkandidatin zur Kommunalwahl und wurde in den Stadtrat gewählt. Ab 2015 wurde sie als persönliche Referentin für Staatssekretärin Ines Feierabend ein Teil des Teams um Ministerpräsident Bodo Ramelow. Ines Feierabend war zuvor ebenfalls Bezirksstadträtin und stellvertretende Be-

zirksbürgermeisterin in Treptow-Köpenick. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Carolin Weingart bringt nicht nur ausgezeichnete und fundierte Erfahrungen aus Verwaltung und Regierungshandeln mit, sie ist auch stark in Treptow-Köpenick verwurzelt. Sie möchte mit uns einen starken Bezirk weiterentwickeln für lebendige Kieze mit gut funktionierender, bürgernaher und digitaler Verwaltung. Sie wird die Infrastruktur für eine soziale Teilhabe für alle ausbauen. Dazu gehören etwa Familienzentren und Kiezklubs. Für Treptow-Köpenick ist Carolin Weingart ein großer Gewinn. Sie kennt den Bezirk in- und auswendig und bringt mit ihrer reichhaltigen Erfahrung aus anderen Verwaltungen viele Ideen für mehr Bürgerfreundlichkeit, Bürgerbeteiligung und Digitalisierung mit.“



Carolin Weingart

André Schubert

Stellvertretender BVV-vorsteher

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick schlägt der Bezirksverordnetenversammlung André Schubert zur Wahl zum stellvertretenden Bezirksverordnetenvorsteher vor. André Schubert ist in Berlin geboren, verheiratet und hat zwei Töchter. Er arbeitet seit 2005 als Wahlkreismitarbeiter von Gregor Gysi. Politisiert wurde er durch die rechten Ausschreitungen 1992 rund um das Sonnenblumenhaus in Rostock. Seit 1995 ist er Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Treptow-Köpenick. Seit 2013 ist er Kiezpaten für die Kiezkasse Grünau. Stellvertretender Bezirksverordnetenvorsteher war er bereits ab 2016. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „André Schubert hat in den vergangenen fünf Jahren gezeigt, wie gut er den Vorsteher unterstützt und wie hervorragend er die Bezirksverordnetenversammlung leiten kann. Hilfreich ist dabei seine sehr lange Erfahrung als Bezirksverordneter. Er hat wichtige Entscheidungen mitgetragen und unterstützt, die dazu geführt haben, dass die BVV in Treptow-Köpenick die Herausforderungen der Coronakrise besser ge-

meistert hat als das in manch anderen Bezirken der Fall war. Dabei waren BVV-Sitzungen an anderen Standorten zu organisieren, ein digitales Abstimmungsverfahren einzuführen und schließlich die Möglichkeit der Videokonferenz für die BVV zu gestalten. Die erste vollständig per Videokonferenz durchgeführte BVV hat er in Vertretung des Vorstehers souverän allein geleitet. Bei vielen anderen Gelegenheiten hat er gezeigt, wie er unparteiisch, effizient und immer mit einem Schmunzeln die BVV in ihrer Arbeit unterstützt.“



André Schubert

Betretungsverbot

Rückschlag für die Denkmalbehörde



Die offenbar ungenutzte Miether-Villa

Die nach dem Erbauer, dem Bankier Carl Miether, benannte Villa am Müggelseedamm 8 besitzt mit ihrer Bauzeit 1874 und der bis heute bestehenden Einheit zwischen Garten und Wohnhaus mit Remise für Berlin hohen Seltenheitswert. Hervorzuheben ist auch die Innenausstattung unter anderem mit auf Leinwand gemalten Deckenbildern, die sehr empfindlich auf klimatische Schwankungen reagieren. Durch die Besichtigung des Objektes durch die Untere Denkmalbehörde sollten Kenntnisse über den aktuellen Zustand des Denkmals eingeholt werden. Das Bau- und Gartendenkmal befand sich bereits Anfang der 2000er Jahre in einem instandsetzungsbedürftigen Zustand, seitdem

sind keine baulichen Maßnahmen aktenkundig. Nun hatte sich am Tag vor einer angekündigten Besichtigung eine vorgebliche Bewohnerin des Grundstücks am späten Nachmittag des 26. Oktobers 2021 mit einem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz an das Oberverwaltungsgericht gewandt, das daraufhin im Eilrechtsverfahren in der Nacht des 26. Oktober 2021, die für den Morgen, des 27.10.2021 geplante Besichtigung der sogenannten BVG-Villa untersagte. Bezirksstadtrat Rainer Hölmer, SPD: „Der Denkmalschutz steht im gemeinschaftlichen Interesse, um wichtige und einzigartige Kulturgüter zu erhalten. Denn hier gilt schlicht und ergreifend: Was weg ist, ist weg.“

Bürgermedaille für Erika Wehle

Mitbegründerin des VdK-Sozialverbandes Treptow



Im Jahre 2002 fasste das Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin den Beschluss zur Schaffung eines bezirklichen Ehrenzeichens, der „Bürgermedaille des Bezirkes Treptow-Köpenick von Berlin“. In Würdigung ihres herausragenden ehrenamtlichen Engagements wurde nun in diesem Jahr Erika Wehle die Bürgermedaille verliehen. Die Verleihung wurde vom Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Herrn Peter Groos, und dem Bezirksbürgermeister Oliver

Igel am 29.10. im Rathaus Treptow vorgenommen. Seit 30 Jahren setzt sich Erika Wehle für die Belange von sozial benachteiligten Menschen in unserem Bezirk ein. Sie ist Mitbegründerin des VdK-Sozialverbandes Treptow und vertritt seit dieser Zeit den Sozialverband in landesweiten Gremien. Darüber hinaus war sie im bezirklichen Seniorenbeirat aktiv und vertrat den VdK-Sozialverband Treptow im Landesseniorenbeirat. Mit viel Engagement übernahm sie von 2005 bis 2015 den stellvertretenden

Vorsitz des VdK-Sozialverband Treptow. Von 1992 bis 2011 war Frau Wehle zudem auch Kreisvorsitzende des VdK-Kreisverbandes. 2014 wurde ihr dafür bereits die Ehrenvorsitzenden-Würde verliehen.

Die Hinwendung zu ihren Mitmenschen ist für Erika Wehle eine Herzenssache. Und so betreut sie die Menschen im Besuchsdienst bis ins hohe Alter. Dazu gehört auch das Organisieren von Veranstaltungen und Ausflügen in unserem Bezirk aber auch in andere Städte. In ihrer Interessengruppe „Berlin erleben“ organisierte Frau Wehle genau solche Ausflüge. Monatliche Ausflüge, die verbinden und Freude machen.

Bei der Bürgermedaille handelt es sich um das höchste Ehrenzeichen des Bezirkes, das jährlich an Persönlichkeiten

des Bezirkes für ihre herausragenden Leistungen und ihr Engagement in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen vergeben wird. Das auszeichnungswürdige Handeln kann langfristig, im Einzelfall auch kurzfristig, herausragend angelegt sein.

Sie haben auch Vorschläge für die Verleihung der Bürgermedaille? In Ihrem Verein oder in Ihrem Bekanntenkreis gibt es Menschen, die sich besonders und seit vielen Jahren leidenschaftlich ehrenamtlich engagieren? Dann richten Sie Ihren Vorschlag nebst ausführlicher Begründung zur Verleihung bis 31.12. an sabrina.kirmse@ba-tk.berlin.de. Die Jury wird über die eingereichten Vorschläge beraten. Bis zu drei ausgewählte Personen können auch 2022 die Bürgermedaille erhalten.



Delegation der Herero und Nama auf der Kolonialausstellung 1896

Zurückgeschaut

Führung bei Kolonialausstellung



Vom 1. Mai bis 15. Oktober 1896 fand im Treptower Park die „Erste Deutsche Kolonialausstellung“ statt. An der Großveranstaltung waren Politik, Wirtschaft und Kirchen sowie ethnologische und naturwissenschaftliche Museen beteiligt. Im Rahmen einer diskriminierenden „Völkerschau“ wurden 106 Menschen aus den deutschen Kolonien vor einem Millionenpublikum zur Schau gestellt. Den meisten Teilnehmenden war nicht bewusst, dass sie in Berlin „ausgestellt“ werden sollten, um rassistische Stereotype und Kolonialfantasien zu bedienen. Viele von ihnen wehrten sich gegen die ihnen zugewiesene Rolle: Kwelle Ndumbe aus Kamerun kaufte sich ein Opernglas und schaute auf das Publikum in Berlin zurück. Die Kolonialausstellung von 1896 ist ein zentrales Ereignis der Globalgeschichte Berlins und von besonderer Bedeutung für die Geschichte seiner Schwarzen Community. Am 15. Oktober 2021 eröffnete die grundlegend überarbeitete Ausstellung „zurückgeschaut | looking back – Die Erste Deutsche Kolonialausstellung von 1896 in Berlin-Treptow“. Sie ist die ers-

te Dauerausstellung zu Kolonialismus, Rassismus und Schwarzem Widerstand in einem Berliner Museum. Die Dauerausstellung „zurückgeschaut | looking back“ widmet sich der Geschichte und den Nachwirkungen der „Ersten Deutschen Kolonialausstellung“. Im Fokus stehen die 106 Kinder, Frauen und Männer aus Afrika und Ozeanien, ihre Biographien und ihr Widerstand. Zudem werden die Struktur der Kolonialausstellung und deren historischer Kontext verdeutlicht. Die Ausstellung ist das Ergebnis einer Kooperation zwischen den Museen Treptow-Köpenick und dem Projektverbund Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt. Die nächste öffentliche Führung findet am Do, 11.11.2021 um 18:00 Uhr statt. Die Teilnahme an den Führungen ist begrenzt. Bitte melden Sie sich hierzu unter museum@ba-tk.berlin.de oder Tel.: (030) 90 297 – 3351 an. Das Museum Treptow befindet sich im historischen Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin und ist Montag und Donnerstag von 10 bis 18 Uhr, Dienstag von 10 bis 16 Uhr und Sonntag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Verlängerung der Straßenbahn

Neue Trasse für Linien M17, 61 und 63



Gleich drei Linien werden auf dem neuen Straßenbahnabschnitt zwischen Johannisthal und Adlershof verkehren, der jetzt eröffnet wurde.

Berlins Straßenbahnnetz ist um 2,7 Kilometer gewachsen. Am 30. Oktober wurde die neue Straßenbahnstrecke von Johannisthal nach Adlershof eröffnet. Darüber freut sich auch Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der BVV. Als nächstes müssten aber die Vorrangschaltungen von Ampeln verbessert, der Bahnhof Schöne-weide ernsthaft ins Regionalbahnnetz eingebunden und eine Straßenbahnlinie zwischen Adlershof und Wendenschloß eingerichtet werden, um den Umweltverbund hier im Südosten der Stadt als Alternative zum Auto nachhaltig zu stärken, fordert Wohlfeil. Am Starttag konnten die Fahrgäste die neue Strecke mit den Linien M17 und

63 befahren. Seit 1. November dann auch zusätzlich mit der Linie 61. Die neue Trasse bindet unter anderem den Wissenschaftspark Adlershof per Schiene an den S-Bahnhof Schöne-weide an. Eva Kreienkamp, Vorstandsvorsitzende der BVG: „Mit dem Bau der neuen Straßenbahnstrecke in Adlershof haben wir gezeigt, wie uns gemeinsam mit dem Land Berlin die Mobilitätswende gelingen kann. Wir haben eine schnelle und umweltfreundliche Verbindung für den Wissenschaftspark und alle Anwohner:innen geschaffen und sind damit heute schon bereit, diesen rasant wachsenden Standort auch in Zukunft mobil zu halten.“

● red



Foto: Joseph Rohmann

Eine Bürgerinitiative wehrt sich gegen die Bebauung der grünen Innenhöfe

Grüne Innenhöfe erhalten

Einwohnerantrag wird in BVV beraten



Nachverdichtung durch Wohnungsbau, die Bebauung von grünen Innenhöfen, erregt die Gemüter von Bestandsmieter:innen. So auch in der Wohnanlage „Am Plänterwald / Orionstraße“. Hier plant die städtische Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ den Bau von 6 Wohnhäusern mit insgesamt 96 Wohnungen, die in den grünen Innenhöfen der Wohnanlage gebaut werden sollen. Dagegen regt sich der Widerstand und es entstand eine Mieter:inneninitiative.

Die Initiative versuchte zunächst darauf zu drängen, dass „Stadt und Land“ die Bestandsmieter:innen in einem partizipativen Prozess bei den entsprechenden Planungen beteiligt und einbindet. Die Reaktion der städtischen Wohnungsbaugesellschaft war enttäuschend, es gab zwar eine Informationsveranstaltung, aber diese hatte mit einer echten Bürger:innenbeteiligung wenig zu tun. Mitgeteilt wurde, was geplant ist. Vielmehr erfuhren später die Mieter:innen eher zufällig, dass bereits im Mai vom

Bezirksamt ein positiver Baubescheid für das Bauvorhaben erteilt wurde und inzwischen im September ein Bauantrag durch die Wohnungsbaugesellschaft durch „Stadt und Land“ eingereicht wurde. Das Problem: Mit dem positiven Bauvorbescheid hat „Stadt und Land“ einen gewissen Rechtsanspruch zur Durchführung des beantragten Bauprojekts.

Im Frühjahr und im Sommer machte die Mieter:inneninitiative durch viele Veranstaltungen aus dem grünen Innenhof auf das Problem aufmerksam. Eingeladen waren unter anderem Bezirksverordnete, auch Gregor Gysi und Katalin Gennburg waren vor Ort und sicherten den Mieter:innen ihre Solidarität und Unterstützung zu. Auch auf der Kundgebung vor dem Treptower Rathaus, anlässlich einer Sitzung der BVV war DIE LINKE mit Redebeiträgen vertreten. In dieser BVV-Sitzung hatte die Linksfraktion - zusammen mit anderen Fraktionen - einen Antrag eingebracht, der u. a. „Stadt und Land“ aufforderte, endlich mit den Mieterinnen und Mietern in einen Beteiligungsprozess einzutreten.

Es gab auch einen Antrag von Linksfraktion und SPD, der dem Bezirksamt aufgab, zu prüfen, ob der geplante Bau von drei Wohnhäusern im größten Innenhof der Wohnanlage an die Galileistraße verlegt werden kann. Dazu finden zur Zeit Gespräche des Bezirksamtes mit „Stadt und Land“ statt.

Doch dies reicht aus Sicht der Mieter:inneninitiative nicht. Angesichts der Entwicklung im Plänterwald und dem

Ortsteil Baumschulenweg tritt die Initiative für einen Aufstellungsbeschluss über einen Bebauungsplan für das Wohngebiet ein. Der Verkehr wird im Wohngebiet durch die Fertigstellung des 16. Bauabschnittes der A100 und die Eröffnung des Spreeparks zunehmen und das Wohngebiet stark belasten. Bereits jetzt fehlt es an Einkaufsmöglichkeiten für Güter des täglichen Bedarfs. Davon betroffen vor allem die vorwiegend ältere Mieterschaft. In einem Einwohnerantrag, für den über 1.600 Unterschriften gesammelt werden konnten, spricht sich die Initiative dafür aus, dass bei weiteren Bauplanungen die Belange von Klimaschutz und Klimaanpassung zukünftig besser berücksichtigt werden sollen. Auch sollen zukünftig bei Bauplanungen die Belange der sozialen Infrastruktur wie Kita und Schule, medizinische Versorgung, Seniorenversorgung, der Schutz von Grün und öffentlichen Spielplätzen besser berücksichtigt werden. Gefordert wird auch die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens, das die Möglichkeit der Mitsprache der Mieter:innen sichern soll. Ziel ist es, den grünen Innenhof nicht nur aus klimatischen Gründen zu erhalten, sondern auch seine Funktion als generationsübergreifender sozialer Treffpunkt des Wohngebietes. Der Einwohnerantrag wird am 04.11.2021 auf der Tagesordnung der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) stehen und hat die Unterstützung der Linksfraktion.

● Uwe Doering

Keine Parkplätze für Anwohner

Märkte gegen temporäre Lösungen

Die Kundenparkplätze der Supermärkte in der Wendenschloßstraße dürfen nicht als temporäre Parkplätze für die Anwohner:innen während der Baumaßnahmen im Kietzer Feld genutzt werden. Die Märkte hätten diese Idee abgelehnt. Das geht aus dem Schlussbericht des Bezirksamtes hervor. DIE LINKE und SPD hatten zuvor beantragt, dass sich das Bezirksamt zusammen mit der DEGEWO um diese Möglichkeit kümmert. Im Kietzer Feld errichtet die DEGEWO derzeit mittels Nachverdichtung neue Wohnungen. Durch die Bauarbeiten kommt es zu starken Einschränkungen für die Anwohnenden. Viele Parkplätze fallen vorübergehend weg. Obwohl die Parkplätze selten voll belegt sind, wollen die Supermärkte ihre Kundenparkplätze nicht für die Anwohnenden zu Verfügung stellen. Petra Reichardt aus der Fraktion DIE LINKE ist verärgert: „Dass die DEGEWO mit ihrer Anfrage bei den Märkten nicht erfolg-

Foto: Petra Reichardt



Anwohner dürfen hier nicht parken.

reich war, wussten wir schon, als wir den Antrag gestellt haben. Schade, dass sich von den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, die uns seit Monaten die Nachverdichtung im Kietzer Feld schönreden und deren Unabdingbarkeit erklären, niemand gefunden hat, mit den Leitungen der genannten Märkte das Ge-

spräch zu suchen. Möglicherweise hätten sie mehr im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erreicht. Und schade auch, dass die beiden Märkte ihren Kundinnen und Kunden nicht entgegenkommen wollen, die dort ihre täglichen Einkäufe erledigen – denn das sind ja die Anwohnerinnen und Anwohner“.

Häufige Fragen an die Bezirkspolitik

Heute: Das Informationssystem Allris

Schon mal etwas von BVV, ASGGgV, BzBM, BA-TK* gehört und nicht nur Bahnhof verstanden? Dann lesen Sie vielleicht regelmäßig unsere Zeitung Aus dem Rathaus/ Blättchen oder sind schon Profi bei Themen der Kommunalpolitik. Für Alle, denen die Kommunalpolitik noch ein Buch mit sieben Siegeln ist, veröffentlichen wir in unregelmäßigen Abständen kleine Einführungen in diese sehr unmittelbare Ebene der Politik. Diesmal geht es um das Informationssystem Allris.

Fast alle Vorgänge, die in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Rolle spielen, lassen sich im Allris finden. Das System wird von vielen Kommunen eingesetzt, einige Elemente sind daher auch außerhalb von Treptow-Köpenick anzutreffen. Allris kann nicht nur als klassische Webseite genutzt werden sondern steht auch als App zur Verfügung.

Personen der BVV (Allris)

Im Menü an der linken Seite unter Organisation: Hier können aktuelle und auch frühere Mitglieder der BVV gefunden werden (Organisation/Bezirksverordnete – Datum). Wie sich die Fraktionen und Ausschüsse zusammensetzen ist ebenso aufgelistet wie Kontaktmöglichkeiten zu Ausschussvorsitzenden. Klickt man den Namen der Bezirksverordneten an, gibt es neben Kontaktmöglichkeiten eine kleine Historie der Beteili-

chen und Protokoll, soweit vorhanden. Ein Klick auf die Aktenmappe oben rechts lädt das Sammeldokument mit allen wichtigen Vorlagen zur Sitzung. Die Audioprotokolle über die kompletten BVV-Sitzungen lassen sich ebenfalls unter dem Menüpunkt Sitzungen finden. Bis zurück ins Jahr 2012 sind die Debatten des Kommunalparlamentes nachzuhören.

Vorgänge und Drucksachen der BVV (Allris)

Unter Drucksachen sind alle parlamentarischen Vorgänge aufgelistet und nach unterschiedlichen Kriterien sortiert. Nur sehr alte Vorgänge lassen sich nicht in der Übersicht finden. Hier ist die Suche nach Ortsbezug ebenso möglich wie die

Anträge

Die Mitglieder der Fraktion bereiten Anträge vor, die im Bezirksamt Verwaltungshandeln anregen sollen. Diese Anträge entstehen manchmal aus eigenen Beobachtungen, manchmal auch aus der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern oder Initiativen.

Ein solcher Antrag wird zunächst in der Fraktionssitzung in der Woche vor der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) besprochen. Ist die Fraktion mit dem Antrag einverstanden, wird dieser zur BVV eingebracht.

Im Vorfeld der BVV berät der Ältestenrat über die Tagessordnung und den Umgang mit den Anträgen. Stößt der Antrag auf die Zustimmung der restlichen Fraktionen in der BVV, landet der Antrag auf der Konsensliste. Zusammen mit allen anderen unstrittigen Anträgen und

es dabei auch zu Streit zwischen BVV und Bezirksamt, wenn das Bezirksamt einen unzulässigen Versuch der Mitverwaltung sieht. Zu den BVV-Beschlüssen fertigt das Bezirksamt regelmäßig Zwischenberichte zum aktuellen Stand der Umsetzung.

Wenn das Bezirksamt der Meinung ist, den BVV-Beschluss ausreichend umgesetzt zu haben, fertigt es einen Schlussbericht mit dem aktuellen Sachstand. Dieser Schlussbericht wird den Verordneten vorgelegt und erscheint in den Mitteilungen des Vorstehers (MdV) zur BVV und wird dort abgestimmt.

Wenn Fraktionen oder Verordnete mit dem Schlussbericht nicht einverstanden sind, können sie ihn in der BVV direkt thematisieren und abstimmen lassen. Stimmt die BVV dem Schlussbericht (oder den MdV als Ganzes) zu, so ist der Vorgang erledigt. Die BVV kann den Schlussbericht aber auch zurückweisen und in einen Zwischenbericht umwandeln. Dann muss das Bezirksamt nachbessern und weiter an der Umsetzung arbeiten. Möglich ist aber auch, dass der Schlussbericht in einen Fachausschuss überwiesen wird. Dort wird dann beraten wie der weitere Umgang mit dem Problem aussehen könnte. Über die folgende Beschlussempfehlung berät dann wiederum und abschließend die Bezirksverordnetenversammlung
 Alris: <https://gleft.de/4sq>
 Noch mehr Details zur Arbeit in der BVV: <https://gleft.de/4sr>

Vorgängen wird der Antrag dann in der BVV im Block abgestimmt und beschlossen oder in die Ausschüsse überwiesen. Wenn der Antrag zu kontrovers für die Konsensliste ist, wird er in der BVV öffentlich debattiert und abgestimmt.

Wenn ein Antrag über die Konsensliste oder in der Debatte in die Ausschüsse überwiesen worden ist, setzt sich die Diskussion im betreffenden Fachausschuss fort. Hier werden die Stellungnahmen des Bezirksamtes, der Antragstellerinnen und Antragsteller diskutiert, gegebenenfalls die Gegenposition dargestellt, Fachleute zum Thema eingeladen und mit Bürgerinnen und Bürgern beraten. Der Ausschuss (und ggf. die weiteren mitberatenden Ausschüsse) geben dann ein Votum zu dem Antrag ab, der mit dieser Beschlussempfehlung zurück in die nächste BVV geht.

Die BVV entscheidet dann über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Dabei kann es passieren, dass der Beschlussempfehlung des Ausschusses nicht gefolgt wird oder der Antrag zur Beratung zurück in den Ausschuss geht. Wenn die BVV einer den Antrag ablehnende Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmt, so ist der Antrag abgelehnt.

Ein von der BVV beschlossener Antrag, der BVV-Beschluss, wird dann vom Bezirksamt umgesetzt. Manchmal kommt

gung an der BVV und Auskünfte über Berufstätigkeiten, Mitgliedschaften, Funktionen und Interessenvertretungen. Allerdings sind diese Angaben freiwillig. Die Vollständigkeit dieser öffentlichen Angaben variiert daher stark.

Termine und Protokolle der BVV (Allris)

Die vergangenen und künftigen Termine für BVV und Ausschüsse unter dem Menüpunkt Sitzungen zeigen nicht nur Datum und Uhrzeit. Nach Klick auf den Sitzungstitel öffnet sich die Tagesordnung dieser Sitzung mit allen Drucksachen

Suche nach Drucksachennummer (in der Form Wahlperiode/ Laufende Nummer z.B. VIII/1278) oder Betreff, Verfasser:innen und Abschlussdatum. Sortierungen nach Beteiligungen der Fraktionen und Art der Drucksache sind ebenfalls möglich.

Wenn Betreff oder Drucksachennummer nicht bekannt sind, lässt sich aber auch unter Recherche Textrecherche eine Volltextsuche durchführen. So lassen sich alle Dokumente finden die z.B. das Stichwort „Flughafen“ beinhalten. In den Ergebnissen sind auch Protokolle und Sitzungen eingeschlossen.

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
 Tel. (030) 533 76 07
 mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr
 Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
 Freitag 10.00 – 13.00 Uhr
 Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
 DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
 Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
 Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
 BVV Treptow-Köpenick,
 Redaktion Aus dem Rathaus,
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
 Satz: www.karenaugust.de
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
 Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Oktober 21
 Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Do. 2. Dezember 21
 Redaktionsschluss dafür: Di 23.11.21

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Am 15.11. geschlossen

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39
kontakt@fuchs-stefanie.de

Kontaktzeiten: (nur telefonisch)

Montag 10.00 – 14.00 Uhr
Donnerstag 16.00 – 19.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

Sprechzeiten vor Ort: um vorherige
Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 11.00 – 15.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 14.00 Uhr
Freitag 14.00 – 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei
DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Oktober 21
Erscheinungstag blättchen 276: Do. 2. Dezember 21
Redaktionsschluss dafür: Di 23.11.21
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im November zum Geburtstag

- 65. Rainer Hölzchen
- 70. Dieter Paasche
- 85. Ilse Gutberlet,
Wilhelm Schönheit,
Bruno Stadler,
Hildegard Thur
- 91. Helmut Nörenberg,
Margot Rau,

- Günter Röder,
Jürgen Stroech,
Ursula Vogt
- 92. Horst Scholz
- 94. Elisabeth Hübner,
Eva Wokeck
- 95. Annemarie Baßler
- 96. Anna-Dorothea Klein



Wassertourismus und Wassersport

Gregor Gysi beim Absegeln der TSG

Am 16. Oktober fand, mit zahlreichen Gästen aus dem neugewählten Abgeordnetenhaus und dem Berliner Segelverband, die Absegelveranstaltung bei der TSG im Dahmervier statt. Der direktgewählte Bundestagsabgeordnete von Treptow-Köpenick Gregor Gysi hielt eine Rede und ermutigte die Sportler gemeinsame Lösungen zwischen dem Wassertourismus und dem Wassersport zu finden. Die Sicherheit auf dem Wasser hat oberste Priorität, deshalb müssen die Betroffenen unbedingt gemeinsame Lösungen finden, wo die Politik helfen muss. Umwelt- und Naturschutz ist äußerst wichtig, dennoch dürfen dem Vereinssport keine Steine in den Weg gelegt werden, betonte Gregor Gysi vor den zahlreich anwesenden Wassersportlern.

● JRE

Gerechtigkeit jetzt!

Kommentar zur Ampel-Sondierung

+ Mit dem Sondierungspapier wird deutlich: Die Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP wird eine Regierung des Stillstands. Die zentralen Herausforderungen werden nicht angegangen. Als LINKE begleiten wir die Koalitionsverhandlungen kritisch. Wir machen Druck, dass die Kosten der Corona-Krise, der Klimakatastrophe sowie des Umbaus der Industrie nicht auf die Beschäftigten und die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. DIE LINKE will »Gerechtigkeit jetzt!« Wir fordern gemeinsam mit Gewerkschaften und der Klimabewegung von den Ampel-Parteien: Eine klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur mit gut bezahlten Arbeitsplätzen braucht öffentliche Investitionen. Die Schuldenbremse darf kein Hindernis dafür sein. Die Ampel will verstärkt privates Kapital nutzen. Damit ist die Gefahr der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen verbunden. Das müssen wir verhindern!
Im Sondierungspapier steht die Ampel klar auf FDP-gelb. Die Privilegien der Reichsten werden von den Ampel-Parteien geschützt. Wir meinen: Zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen sollen jene am meisten beitragen, die aus dem profitgetriebenen Wirtschaften mit seinen ökologischen Folgen den größten Nutzen ziehen. Das sind große Konzerne und Superreiche. Wir brauchen eine Ver-

mögensteuer und höhere Einkommensteuern für Reiche und weniger Steuern für kleine und mittlere Einkommen. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommen einzuhalten, müssen bis 2035 fossile Energien vollständig durch erneuerbare Energien ersetzt sein. Dafür brauchen wir eine sozial gerechte Energiewende und eine Agrarwende mit verbindlichen Zielen. Gleichzeitig gilt: Energie und gesunde Ernährung ist ein Grundrecht und muss auch für Menschen mit wenig Geld bezahlbar sein. Mit der Ampel-Koalition wird es kalt in Deutschland. Doch heizen darf kein Luxus sein.
Die Ampel-Parteien kuschen vor der Immobilien-Lobby. Doch die Mietenexplosion muss gestoppt werden. Zu hohe Mieten müssen abgesenkt werden. Das geht nur mit einem bundesweiten Mietendeckel. Das Berliner Beispiel hat gezeigt, dass er wirken kann. Gleichzeitig müssen jedes Jahr 250.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Notwendige energetische Sanierungen dürfen nicht auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden.
Damit die Rente den Lebensstandard im Alter sichert, muss das Rentenniveau auf mindestens 53 Prozent hoch. Keine Rente darf unter der Armutsschwelle von 1.200 Euro sein. In die gesetzliche Rente müssen alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbstständige und Abge-

ordnete – dann hat sie wieder eine Zukunft.

Bus und Bahn müssen ausgebaut werden und der öffentliche Nahverkehr kostenlos werden. Erste Schritte sind deutlich günstigere Fahrpreise, Sozialtickets für alle mit geringem Einkommen sowie kostenlose Tickets für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende. Die Bahnpreise im Fernverkehr müssen um mindestens 50 Prozent gesenkt werden. Der Niedriglohnssektor muss abgeschafft werden. Leiharbeit und missbräuchliche Werkverträge müssen verboten werden. Tarifverträge – zum Beispiel im Einzelhandel – müssen allgemeinverbindlich werden. Der Mindestlohn muss auf 13 Euro hoch. Das schützt vor Altersarmut. Gesellschaftlich wichtige Arbeit wie die Pflege, muss deutlich besser bezahlt werden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen braucht es mehr Fachkräfte – jeweils mindestens 100.000.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an:
DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Friedenskonzert In Grünau

Internationale Künstler in der Friedenskirche



Unter dem Motto „Der Andere ist anders, er ist so wie Du“ fand am zweiten Jahrestag des Überfalls auf die Synagoge in Halle in der Friedenskirche in Grünau ein Friedenskonzert, veranstaltet von KunstHof-Köpenick e.V. in Zusammenarbeit mit Tobias Unterberg und der Evangelischen Kirchengemeinde Bohnsdorf Grünau statt. Ziel der Veranstaltung war es, den Menschen, die sich zu Humanismus, Frieden, Mitmenschlichkeit und Solidarität bekennen, Kraft und Mut zu geben, sich im eigenen Umfeld immer wieder einzubringen, nicht zu verstummen, sich zu äußern, sich bewusst zu sein.

Der Abend wurde gestaltet von sieben Musiker:Innen mit afghanischen, syrischen, kurdischen, jüdisch-canadischen und deutschen Wurzeln: Shekib Mosa-deq, Berivan Ahmad, Dima Dawood, Adir Jan, Michael Friedman, Goetz Steeger, Tobias Unterberg.

Schirmherr der Veranstaltung war Bezirksbürgermeister Oliver Igel, als Pate hatte sich Konstantin Wecker bereit-klärt. In einer Ansprache ging Pfarrer Ulrich Kastner auf das Attentat von Halle ein. „Als der Attentäter keinen Zugang zur Synagoge erzwingen konnte, erschoss er zwei Menschen. Menschen, die ihm nichts getan hatten, außer, dass

sie seinen Weg zufällig kreuzten. Seine Mutter, eine Lehrerin, äußerte später Verständnis für die Tat, - er hätte doch etwas gegen den Kapitalismus tun wollen. Für sie war das wohl dasselbe: Juden gleich Kapitalismus. Ein antisemitisches Klischee! Viele der Mitglieder der Synagogengemeinde in Halle leben am Existenzminimum.“

Kastner weiter: „Dabei könnten wir einiges über Jüdinnen und Juden wissen. Wie verwandt wir sind, daran erinnern uns die Krippen unter dem Weihnachtsbaum. An Maria und Josef, alle Jahre wieder: Maria und Josef, die auf der Suche nach einem Quartier sind-und unter schwierigen Umständen ihr Kind zur Welt bringen: Jesus. Wir haben diese Szene tausendfach nachgestaltet in den Weihnachtskrippen, die in vielen Wohnzimmern stehen. Was ist an dieser Geburt aber so besonders? Schließlich gab es seitdem noch viele andere Geburten. Und all diese Kinder wollten auch leben -und von ihren Eltern eine lebenswerte Welt vorfinden -und an ihre Kinder weitergeben.“

„Fridays for future - die zivilen Schülerdemonstrationen sind ein Ausdruck dafür. Wir Erwachsene werden das nur schaffen, wenn wir entschieden für Veränderungen eintreten. Und in der Bibel

Foto: Frank Müller



wird uns Menschen die Bewahrung der Schöpfung Gottes - der Natur - aufgetragen! Das Besondere an dieser Geburt ist die Gegenwart Gottes. Gott kommt zu uns-in Jesus. Das feiern wir alle Jahre wieder: Gott ist da! IN dem kleinen jüdischen Kind, Jesus. Das Kind seiner jüdischen Eltern, Maria und Josef. Und es ist nicht überliefert, dass Jesus jemals etwas anderes sein wollte, als ein Jude. Genauso die Jünger, die er später um sich sammelt.

Und schon an der Krippe: Maria, Josef und die Hirten-alles Juden. Und dann kommen noch die Weisen aus dem Morgenland. Also aus dem Osten- vermutlich Persien, wo schon lange die Wissenschaft der Astronomie gelehrt wurde: Deshalb folgen sie dem Stern - dem Stern von Bethlehem. Den weiten Weg von Isfahan im heutigen Iran.

An der Krippe gab es alle möglichen

Religionen-nur keine Christen. Höchstens die Engel- aber die waren vermutlich katholisch Auch in diesem Jahr gab es viele Angriffe auf unsere jüdischen Nachbarn und Mitbürger. Wenn wir bald wieder Weihnachten feiern, dann kann uns das nicht gleichgültig lassen. Nicht nur Maria und Josef brauchten damals eine Herberge, auch unsere jüdischen Nachbarn, Freunde und Kollegen müssen sich heute sicher fühlen. Wer mit dem kleinen jüdischen Baby Jesus Weihnachten feiert, dem kann es nicht gleichgültig sein, wie es den eigenen jüdischen Nachbarn geht! Gott ist da. Gott verbündet sich mit uns- in dem Kind in der Krippe. Und deshalb können wir uns selber- und unsere Nachbarn, unsere Mitmenschen annehmen! Dieses Friedenskonzert ist eine gute Gelegenheit, dass wir uns begegnen.“

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

So 7.11. | 16 Uhr Antifaschistischer Stadtrundgang zu jüdischem Leben in der Köpenicker Altstadt. Mit ihrem jährlichen Rundgang durch die Köpenicker Altstadt möchte die Berliner VVN-BdA den Opfern der Novemberpogrome 1938 gedenken. Der Rundgang führt zu den Wohnorten und Geschäften von Köpenicker Jüd:innen und zur ehemaligen Synagoge. Treffpunkt Schlossplatz Köpenick

Di 9.11. | 16.30 Uhr „Schülergedenkenveranstaltung zur Pogromnacht des 9. November 1938: Gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“. Ort: Karmielplatz am Bahnhof Grunewald.

Di 9.11. | 18 Uhr Gedenkveranstaltung am Jahrestag der Novemberpogrome der VVN-BdA gemeinsam mit Zeitzeug:innen, Vertreter:in von verschiedensten Initiativen und mit musikalischer Unterstützung. Ort: Mahmal Levetzowstraße | Moabit

Mo 15.11. | 19 Uhr China heute – Ein Vortrag von Wolfram Adolphi. Dr. Wolfram Adolphi ist Journalist und Politikwissenschaftler und gilt als ausgewiesener Chinakenner. Seit mitte der 70er Jahre beschäftigt er sich mit dem asiatischen Riesen und kann eine Fülle an Publikationen zu dem Land vorweisen. Ort: Dorfkлуб Müggelheim, Altmüggelheim 21. Anmeldung: info@fuchs-stefanie.de

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Di 16.11. | 19 Uhr Gespräch im Club: Wenn ein Mensch lebt... Der Komponist Peter M. Gotthardt, vor kurzem 80 Jahre alt geworden, berichtet mit Anekdoten, Bild- und Musikbeispielen über sein ereignisreiches Berufsleben, in dessen Verlauf auch mehr als 500 Filmmelodien entstanden – u.a. „Wenn ein Mensch lebt“ und „Geh zu ihr“ für den Filmerfolg „Die Legende von

Paul und Paula“. Kulturring, Ernststraße 16

Di 23.11. | 19 Uhr Filmvortrag im Club: Sophie Scholl – Die letzten Tage. Filmwissenschaftlerin Irina Vogt präsentiert anlässlich des diesjährigen 100. Geburtstages der Widerstandskämpferin Sophie Scholl ein fesselndes Kammerspiel, welches das mutige Verhalten der jungen Frau im Kampf gegen das NS-Regime in den Mittelpunkt stellt. Kulturring, Ernststraße 16

Do 25.11. | 19 Uhr Vor der Verwandlung – Jutta Wachowiak liest Strittmatter. Herrlich skurrile Geschichten und bewegende Bekenntnisse sind in Strittmatters Abschiedsbuch vereint. Verknüpft mit lebensvollen Episoden und ironischen Zeitbetrachtungen, schildert er, wie er selbst seinen literarischen Ruhm erlebte und versuchte, das Altwerden zu lernen. Eine einzigartige Legierung aus Poesie, Humor und tiefer Menschenkenntnis zeichnet auch dieses Buch aus.

1995 postum herausgegeben von seiner Frau Eva. Anmeldung erbeten. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, 12526 Berlin, Tel - 67896191

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Fr 5.11. | 10 Uhr Workshop Grundlagen und Verfahren der Bezirksfinanzen, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Mi 10.11. | 19 Uhr LAG Netzpolitik, voraussichtlich digital (info@dielinke.berlin)

Mi 17.11. | 18 Uhr LAG Wissenschaftspolitik, voraussichtlich digital (info@dielinke.berlin)

Fr 19.11. | 18 Uhr Landesausschuss, digital oder in Präsenz

Mo 29.11. | 14 Uhr Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE. Thema: Notwendige Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die Partei. Geschäftsstelle Brückenstr. 28

Mo 6.12. | 18 Uhr Basistreffen, digital (Einladung per mail an Mitglieder)



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de